

So kann und darf es nicht weitergehen



Es ist seit vielen Jahren in unserer Stadt zu einer guten Tradition geworden, diesen Tag gemeinsam mit den Gewerkschaften, Parteien und Organisationen und Verbänden zu begehen. Und es ist längst an der Zeit, dass es wieder ein richtiger Kampftag für gute Arbeit, Existenzsicherung und soziale Gerechtigkeit wird.

Denn: Die Reden, Erklärungen, Standpunkte und Forderungen reichen nicht aus... Dabei ist der 1. Mai einer der wenigen Tage im Jahr, wo öffentlich auf Veranstaltungen, Straßen und Plätzen das thematisiert wird, was Millionen Menschen weltweit bewegt. Öffentlich werden Fragen gestellt, die nur einen Schluss zulassen: So kann und darf es nicht weitergehen!...

Denn unser Land ist gespalten wie nie zuvor, die Kluft zwischen Reichtum und Armut nimmt weiter zu. Der hart erkämpfte jetzt geltende Mindestlohn reicht längst nicht aus, für eine armutsfeste Rente zu sorgen. Viele Menschen schauen sorgenvoll in die Zukunft, weil sie nicht wissen, was sie ihnen an Existenzsicherheit bringen wird, ob sie die Miete noch bezahlen können, machen sich Sorgen um das künftige Wohlergehen ihrer Kinder und Enkelkinder.

...Der Parteivorstand hat in Vorbereitung auf die in diesem Herbst anstehende Bundestagswahl einen Leitantrag erarbeitet, der auf dem Bundesparteitag im Juni in Hannover verabschiedet werden soll. Dieser

trägt... die Überschrift: DIE Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Für alle.

Darin ist formuliert, dass wir darum kämpfen wollen, den Sozialstaat zu stärken, neue und bessere Arbeit zu schaffen, für sichere Renten und gute Löhne für alle Menschen einzutreten. Deshalb fordern wir z.B. nachdrücklich einen Mindestlohn von 12 Euro sowie eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ohne Sanktionen. Auch die unerträglich vielen Befristungen sowie die Leiharbeit müssen unserer Überzeugung nach beendet werden...

Und wir wollen gute Renten für alle sowie ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Die Unterschiede zwischen Ost und West müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Wir leben in einem reichen Land. Aber für viele Menschen ist davon nichts zu spüren. Deshalb wächst die Unzufriedenheit mit den bisher regierenden politischen Eliten und macht es rechten Kräften relativ einfach, bis in die bürgerliche Mitte hinein zu fischen und auch gut Verdienende auf ihre Seite zu ziehen.

Um so wichtiger ist es daher, weiter für ein solidarisches, sozial gerechtes und demokratisches Europa zu streiten, um den desolaten Zustand der Europäischen Union zu ändern und die Rechtsentwicklung in vielen europäischen Ländern zu stoppen.

– AUS DER REDE VON ILONA BURANDT
AM 1. MAI 2017 –

Verdreher und Verhinderer

Verdreher verdrehen Zahlen und Zusammenhänge. Das ist geübte Praxis der Mainstreammedien und ihrer Macherinnen und Macher. Ein neues Beispiel: Nach der Landtagswahl in NRW hieß es in einer „Analyse“ auf bild.de (14.05.2017): „Die CDU (rund 33 Prozent) wird in Zukunft das bevölkerungsreichste Bundesland regieren. Es ist sogar eine schwarz-gelbe Regierung möglich, denn die Linke ist laut vorläufigem amtlichem Endergebnis aus dem Landtag geflogen.“ DIE LINKE ist nicht aus dem Landtag „geflogen“, sie war nämlich gar nicht drin. Sie hat den Einzug in das Landesparlament nur knapp verfehlt, obwohl sie ihren Stimmenanteil fast verdoppelt hat (von 2,4 % auf 4,9 %). Die Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen war mit 415.936 Zweitstimmen mehr als doppelt so hoch wie 2012, obwohl sie von allen anderen Parteien angegriffen wurde. Nicht zuletzt dank der exzellenten Wahlkampfunterstützung durch die Fraktionsvorsitzende im Bundestag Sahra Wagenknecht ist diese Steigerung möglich geworden, hat aber auf Grund der höheren Wahlbeteiligung (65,2 %) nicht gereicht. Nach einer Berechnung fehlten nur 8561 Stimmen (laut sueddeutsche.de).

Die Verhinderer des Einzuges ins Parlament waren letztlich die Funktionäre und Wähler von MLPD und DKP, also Leute, die sich für ganz weit links und im Besitz der allein selig machenden Wahrheit halten. Sie haben es mit ihren 10.606 Stimmen, die sie in den Himmel über NRW schickten, ermöglicht, dass im NRW-Landtag eine sozial- und friedenspolitisch profilierte Opposition fehlt und eine schwarz-gelbe Koalition regieren kann.

– ECKHARD GRIEBEL –

Gute und sichere Arbeit für alle – eine Grundlage für soziale Gerechtigkeit

Immer wieder wird vom neoliberalen Mainstream – Politikern und Medien – verbreitet, den Deutschen gehe es heute so gut wie nie. Also allen Deutschen? Ist der einst von Ludwig Erhard propagierte „Wohlstand für Alle“ Wirklichkeit geworden? Die prekären sozialen Verhältnisse, in denen viele Millionen Bundesbürger, darunter viele hart arbeitende Menschen und viele Kinder, leben, werfen vielmehr die Frage auf, wie es den herrschenden Eliten immer wieder gelingt, ihre Propagandamärchen unters Volk zu bringen, und zwar so, dass es sich davon einlullen lässt.

Unsere Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld analysiert aus ihrer Sicht als Arbeitsmarktpolitikerin der Landtagsfraktion DIE LINKE die Entwicklung und zieht daraus Schlussfolgerungen: „Die Arbeitsmarktdaten veranlassen mit Blick auf Thüringen zur Freude. Viele Menschen haben Arbeit, es gibt unzählige neue Arbeitsplätze und die Wirtschaft ruft nach Fachkräften. Allerdings darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei weitem nicht alle etwas von der positiven Entwicklung ha-

ben. Fragen Sie die Leiharbeiter, die geringfügig Beschäftigten, diejenigen mit Mindestlohn oder die vielen Frauen in unfreiwilliger Teilzeit... Gerade die Zahl der Leiharbeiter ist in Thüringen stark gestiegen: Im Juni des vergangenen Jahres gab es landesweit 34.796 Leiharbeiter, 2015 waren es noch 34.007. Die Schere zwischen hochqualifizierten und gut bezahlten Kernbelegschaften und den prekär Beschäftigten, die man nur braucht, wenn das Geschäft gut floriert, nimmt immer mehr zu. Angesichts der bevorstehenden digitalen Revolution werden unzählige Arbeitsplätze wegfallen. Darauf müssen wir uns einstellen und das sollte zu einer konsequenten Verkürzung von Arbeitszeit führen. 30 Wochenstunden und eine deutlich kürzere Lebensarbeitszeit sollten reichen, wenn die Existenz gut gesichert ist. Bleibt die Frage, was aus den Menschen wird, die den neuen Anforderungen hinsichtlich Wissen, Flexibilität und Fähigkeiten nicht gerecht werden können und die deshalb keine oder nur sehr geringe Chancen auf einen festen Arbeitsplatz in der Wirtschaft

haben. Die Wissenschaft zählt sie schon heute zu den „Überflüssigen“. Kein Mensch ist ÜBERFLÜSSIG. Deshalb habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Frank Jürgen Weise sich für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt aussprach. Leider fehlt für dieses sinnvolle Vorhaben nach wie vor die nötige Unterstützung durch den Bund. Die Einstellung in Arbeit im Gemeinwohlbereich ist bezahlbar, wenn die Hartz-IV-Gelder nicht als Almosen zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, sondern als Lohn für freiwillige Arbeit. Dafür werden wir weiter streiten.“

Es bleibt also sehr viel zu tun, bis es allen Menschen in unserem Lande gut geht. Die Partei DIE LINKE hat im Entwurf ihres Wahlprogramms ein in sich geschlossenes und finanzierbares Programm für tiefgreifende, auf mehr soziale Gerechtigkeit abzielende Reformen entwickelt. Das ist das Gegenteil der Agenda 2010, die die soziale Lage von Millionen verschlechtert und viele Menschen in die Armut gestoßen hat.

– EBE –

Mitgliederversammlung der Suhler LINKEN -Auftakt für unseren Bundestagswahlkampf

In unserer Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Suhl diskutierten wir am 20. Mai über den Leitantrag und das Bundestagswahlprogramm der LINKEN. Zu Gast war Genosse Christian Schaft, Wissenschafts- und Hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, der die Diskussionsgrundlage gab. Es

wurde eine spannende Diskussion, auch mit Blick auf unseren Wahlkampf hier in Suhl.

Die Präsentation zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms 2017 findet man unter: SOZIAL.GE-RECHT.FUER ALLE.

In der Mitgliederversammlung

wurden die Delegierten für den nächsten Landesparteitag gewählt: Ilona Burandt, Ina Leukefeld, Heidemarie Schwalbe, Philipp Weltzien und Georg Seidler.

Nachrücker sind: Ronja Lenz, Claudia Höpfer, Renate Finster, Helmut Hellmann, Andreas Lehmann, Eckhard Griebel.

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtverband Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Juli-Ausgabe 2017 ist am 23.06.2017



Foto: Ilona Burandt

Kann sich die Stadt Suhl wirklich keine freiwilligen Ausgaben leisten?

Angeregt durch die Veröffentlichungen im Freien Wort vom 11.05.2017 zum Bürgergespräch in Benshausen und verschiedenen Leserbriefen zur Gebietsreform möchte ich mich zur Haushaltssituation der Stadt Suhl äußern.

Ja, es stimmt, dass Suhl ein Haushaltssicherungskonzept erstellen musste, weil die Stadt nicht in der Lage ist, einen ausgeglichenen Haushalt aus eigener Kraft darzustellen. Es ist aber keinesfalls so, dass sie sich deshalb keine freiwilligen Ausgaben mehr leisten kann oder gar leisten darf. Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes ist auch der Finanzplan bis 2023. Dieser Plan geht von einem jährlichen Haushaltsvolumen von rund 100 Millionen Euro aus. Darunter sind freiwillige Leistungen von knapp 10 Millionen, also rund 10 Prozent. Dieses Konzept wurde von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigt.

Bei den freiwilligen Leistungen ragt vor allem das CCS mit einem Zuschuss von rund 2 Millionen Euro heraus. Dabei ist zu beachten, dass weitere 2 Millionen Zuschuss durch ein städtisches Unternehmen aufgebracht werden. Rund 50 Prozent der Besucher des CCS kommen nicht aus Suhl. Weitere

Einrichtungen, die Suhl für die Region vorhält und die einen hohen Zuschussbedarf aufweisen, sind unter anderem Waffenmuseum, Fahrzeugmuseum, Galerie und Tierpark. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, dass die Stadt Suhl für Musikpflege und Knabenchor 145 TEuro bereitstellt, wobei die Unterstützung für den Knabenchor erst mit letztem Stadtratsbeschluss erhöht wurde. Ich denke, dass diese Leistungen für die Region wichtig und gut sind. Man könnte sich aber durchaus auch andere Finanzierungsmodelle vorstellen.

Einen hohen Anteil an den freiwilligen Leistungen hat auch die Unterstützung der Sport- und Kulturvereine sowie die Jugendarbeit. Für die kommunalen Sportstätten gibt die Stadt Suhl rund 1.158 TEuro mit einem Zuschussbedarf von 601 TEuro. Die Sportförderung im Kinder- und Jugendbereich an Vereine beträgt 40 TEuro, für die Unterstützung der Sportstruktur im Kinder- und Jugendbereich stehen 52 TEuro zur Verfügung und der Zuschuss für Betriebskosten an Sportvereine beträgt 62 TEuro. Für besondere Veranstaltungen entsprechend der Sportförderrichtlinie stehen weitere 10 TEuro zur Verfügung.

Für die Pflege der Traditionen in

den Ortsteilen werden in diesem Jahr 38 TEuro bereitgestellt, Kulturvereine der Stadt werden mit rund 15 TEuro unterstützt. Hier sollen Doppelfinanzierungen grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Im Rahmen der Jugendarbeit sowie der Kinder- und Jugendförderung in den vier Sozialräumen gibt die Stadt Suhl jährlich über 1 Million Euro aus. In diesem Budget sind nochmals 60 TEuro für die sportliche Jugendarbeit enthalten. Wichtige Positionen in diesem Bereich sind die Unterhaltung der Jugendclubs und eine umfangreiche Jugendsozialarbeit.

Damit ist die Liste der freiwilligen Leistungen noch nicht vollständig. Diese Beispiele dürften aber ausreichend belegen, dass die Stadt Suhl Kultur, Sport und Jugendarbeit trotz knapper Kasse umfangreich sowie angemessen unterstützt. Ich bin überzeugt, dass wir uns damit durchaus nicht hinter Leistungen anderer Kommunen zu verstecken brauchen. Vielleicht kann ich mit meinen Darlegungen zur Versachlichung mancher Diskussionen beitragen.

– REINER MIERSCH,
VORSITZENDER DES FINANZAUSSCHUSSES
DES STADTRATS SUHL –

Grüße nach Benshausen - und ein Tipp

Die Emotionen schlagen vielerorts große Wellen. Dabei wissen alle, dass es nötig ist, effektivere und nachhaltige Strukturen zu schaffen, um unseren Lebensstandard zu halten, die Gemeinden besser zu vernetzen und zu verwalten. Wir sind dabei, uns rechtzeitig auf die Zukunft einzustellen, indem die finanziellen Mittel zum Nutzen aller effizienter eingesetzt werden, um unser schönes Südthüringen attraktiv für Einwohner und Gäste zu halten. Dabei ist allen bekannt, dass wir in einer vernetzten globalen Welt leben, nur mit den Nachbarn klappt es manchmal nicht. Warum ist es so ein Problem, Teil einer größeren Stadt zu sein, die eigenen Potenziale mit einzubringen und die Vorteile eines gestärkten (Ober-) Zentrums zu nutzen? Dabei bleibt doch Dorf ein Dorf, keine Frage. Schauen Sie nach Goldlauter-Heidersbach, Vesser oder die anderen eingemeindeten Orte rund um Suhl. Die Menschen dort wissen, warum sie das nicht mehr missen möchten.

Ich will als Suhler Stadträtin und Landtagsabgeordnete Ihre Fragen und Sorgen ernst nehmen. Verände-

rung bringt immer eine gewisse Unsicherheit.

Aber die Argumente Ihres Ex-Bürgermeisters erstaunen mich schon. Da ist zum einen die kritische Bewertung des Suhler OB Dr. Triebel, der in Beantwortung Ihrer vielen berechtigten Fragen zunächst darauf aufmerksam macht, das "alles unter Gesetzes- und Haushaltsvorbehalt" steht. Richtig. Das zu sagen, gebieten Ehrlichkeit und Fairness. Das gilt übrigens ebenso für Zella-Mehlis oder andere Orte, nur dort wurde es nicht gesagt.

Der Erhalt des Kindergartens in kommunaler Trägerschaft ist eine Bitte, die wir sehr ernst nehmen. Ja, in Suhl wurden seinerzeit alle Kitas anderen Trägern übergeben, weil das Land dafür einen finanziellen Anreiz geschaffen hatte. Den wollte eine Mehrheit im Stadtrat unbedingt nutzen. Hat aber nicht lange angehalten, denn die CDU-Regierung hat diesen Zuschuss dann schnell wieder abgeschafft. Ich freue mich, dass wir jetzt die Chance haben, auch wieder kommunale Kindereinrichtungen durch mögliche Eingemeindungen zu be-

kommen. Also: Nur Mut.

Was die finanzielle Situation für die Bürger angeht, so wird auch gesetzlich geregelt, dass der jetzige Status zunächst erhalten bleibt. Die Aussage von Suhl, dass die finanziellen Mittel, die aus einer freiwilligen Eingemeindung vom Land kommen, vollständig in den Orten verbleiben sollen, die eingemeindet werden, ist doch ein guter und konkreter Willkommensgruß.

Die Finanzen spielen verständlicherweise eine große Rolle, wobei gerade da aus Zella-Mehlis viel Falsches über unseren städtischen Haushalt mit seinen 100 Millionen verbreitet wird...

Ich will es dabei bewenden lassen. Zum Schluss noch ein Tipp: Noch wissen wir nicht, ob Zella-Mehlis als Teil des Mittelzentrums entsprechend dem Vorschaltgesetz der Stadt Suhl zugeordnet wird oder nicht. Früher oder später wird das aber passieren! Da sollte sich doch Benshausen gleich richtig entscheiden und nach Suhl gehen, um einer früheren oder späteren Fusion vorzubeugen.

– INA LEUKEFELD –

Enttäuschung und Zuversicht

Zumindest die große Mehrheit der sportinteressierten Bürgerinnen und Bürger Suhls und der Region wird mit einem Gefühl der Enttäuschung zur Kenntnis genommen haben, dass der VfB 91 Suhl bis zum 31. Mai seine Bundesliga-Lizenz zurückgeben will. Mit Verwunderung – um nicht zu sagen mit Unverständnis – dürften sehr viele auf die Begründung des Vereinsvorstandes reagiert haben. Hatte dieser doch erklärt:

„Fehlender Rückhalt und eine ungenügende Positionierung, insbesondere bei den Hauptverantwortlichen der Stadt Suhl, trugen zu der Entscheidung bei.“ Das muss man sich sozusagen auf der Zunge zergehen lassen! Da stemmen das Land (das etwa 3,5 Millionen Euro beisteuert) und die Stadt die Sanierung und den Umbau der Wolfsgrube und dann wird zum „Dank“ erklärt, die Stadt habe sich nicht ausreichend positioniert. Was soll denn die Stadt noch machen? Für den Verein (und der VfB Sport und Marketing GmbH) Sponsoren gewinnen und Gelder einwerben? Die im Etat fehlenden 94 T Euro zuschießen? Geht`s denn noch?

Aus Kreisen unserer Stadtratsfraktion ist zu hören, dass das Land

und die Stadt das Ihre getan haben, dass aber die Frage gestellt werden muss, ob man das auch über den Verein sagen kann. Es gehe auch, war zu vernehmen, nicht allein um den Etat für die kommende Saison, sondern um eine langfristige Konsolidierung. Und man sei zuversichtlich, dass sie mittelfristig gelingt, auch hinsichtlich des spielerischen Niveaus. Die Stadt sehe bezüglich des Sports ihre Verantwortung in erster Linie für den Freizeit- und Jugendsport, für das Schießsportzentrum und für den Leistungssport in den für die Region wichtigen Disziplinen.

Bezüglich der Wolfsgrube wird betont, dass die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen notwendig sind und die dafür aufgewandten Mittel eine in die Zukunft wirkende Investition darstellen.

Im Stadtrat hat Ina Leukefeld ihre Position in diesem Sinne dargelegt.

Es müsse auch der Entwicklung einer Mentalität entgegen gesteuert werden, schnell nach Hilfe von der Stadt zu rufen, anstatt die eigene Verantwortung und die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, sagte ein Stadtrat im Gespräch über die aktuelle Situation. -EBE-

Termine Juni 2017

Di	06.06.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
		09. bis 11.06.	Bundesparteitag in Hannover
Mo	12.06.	19.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	13.06.	19.00 Uhr	„Live aus dem Landtag“ mit Torsten Wolf, Bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, CCS Türmchen
Mi	14.06.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Mi	14.06.	18.00 Uhr	BO Friedberg: Auswertung des Bundesparteitages mit Philipp Weltzien, Gaststätte „Alter Friedberg“
Fr	16.06.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück mit Steffen Harzer, Geschäftsstelle
		16.00 Uhr	„Thüringen rockt“ mit Konstantin Wecker, Messe Erfurt
Sa	17.06.		Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag
Mo	19.06.	14.00 Uhr	Bürgersprechstunde MdL Ina Leukefeld, Wahlkreisbüro Rüssenstr.
Di	20.06.	15.00 Uhr	Politcafe mit Ina „Wer soll das bezahlen?“ zum Bundeswahlprogramm, Geschäftsstelle
Do	22.06.	16.00 Uhr	76. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, Kranzniederlegung an der Tafel für die Zwangsarbeiter vor dem Waffenmuseum und an den Grabstelen, Friedhof Dietzhausen
	22.06. bis 29.06.		Weltmeisterschaften Gewehr/Pistole -Junioren, Schießsportzentrum Suhl-Friedberg
Sa	24.06.	14.00 Uhr	Wohngebietsfest Suhl- Nord, „Die Insel“
Mi	28.06.	14.00 Uhr	AG Senioren, Seniorencafe, Geschäftsstelle
		30.06. bis 02.07.	„Kommt nach Hause“, 2. Internationales SIMSON-Treffen, Flugplatz Suhl-Goldlauter
Mi	05.07.	19.00 Uhr	Gesprächsforum Alternativ mit Prof. Dr. Manfred Weißbecker, CCS Türmchen

Einladung zur Veranstaltung

„Live aus dem Landtag“ mit MdL Torsten Wolf

Bildungspolitischer Sprecher
Fraktion DIE LINKE im Thüringer
Landtag

„Zeit für Zeugnisse – auch für
Bildungspolitik?“

Dienstag, 13.06.17 19.00 Uhr

Wo? Suhl, CCS, Türmchen

Mittwoch, 5. Juli 2017
19.00 Uhr, CCS Türmchen

Auf der Suche nach der „menschlichen Innen- welt“, oder: „Warum Men- schen sowas mitmachen“

Ein Überblick zu historisch-
materialistischen und psycholo-
gischen Antwortmöglichkeiten
Mit Prof. Dr. Manfred
Weißbecker (Jena)

Vor einiger Zeit fragte der Vor-
sitzende des Paritätischen Wohl-
fahrtsverbandes bei einer Debatte
im Berliner Karl-Liebknecht-Haus:
„Wie konnte eine ökonomische
Ideologie wie die des Neoliberalismus
derart populär, derart
erfolgreich im Sinne von durch-
setzungsstark werden? Und wie
kann es sein, dass eine ganz breite
Mehrheit in der Bevölkerung sich
permanent gegen ihre eigenen
Interessen verhält?“ Eine Veran-
staltung des Gesprächsforums
„Alternativ“ und der Rosa-Luxem-
burg-Stiftung Thüringen e.V.

Vorgemerkt!

Das diesjährige

Sommerfest der LINKEN

findet am 26. August statt.

Noch Plätze frei nach Budweis

Für unsere Busreise

vom 28.09. bis 01.10.2017 sind
noch ca. 10 Plätze frei.
Der Preis beträgt für Busfahrt u.
Ü/F ca. 170 EURO p.P. im DZ, (ca.
200 EURO im EZ)

Anmeldungen bitte schriftlich
beim Stadtvorstand oder per E-
Mail an
rgeschaefsstelle@die-linke-suhl.de

Reiner Miersch